


www.laender-analysen.de/ukraine

INFORMELLE PRAKTIKEN UND SCHWARZARBEIT

■ ANALYSE	
Informalität in der heutigen Ukraine: ein Name, vier Facetten	2
Abel Polese (Dublin City University)	
■ TABELLE ZUM TEXT	
Unterschiedliche Facetten von Informalität und ihre Vor- und Nachteile	6
■ DOKUMENTATION	
Korruptionswahrnehmung in der Ukraine und in anderen postsowjetischen Staaten	7
■ ANALYSE	
Wahrnehmung und Akzeptanz von Schwarzarbeit in der Ukraine und in der Europäischen Union	8
Oksana Nezhyvenko (Nationale Universität Kiew-Mohyla-Akademie)	
■ GRAFIKEN ZUM TEXT	
Schwarzarbeit und ihre gesellschaftliche Wahrnehmung	11
■ STATISTIK	
Informelle Beschäftigung in der Ukraine	14
■ CHRONIK	
24. September – 8. Oktober 2018	16

Informalität in der heutigen Ukraine: ein Name, vier Facetten

Abel Polese (Dublin City University)

Zusammenfassung

In den vergangenen Jahren fanden Ausprägungsformen von Informalität in der Ukraine und andernorts zunehmend starke Beachtung. Dadurch wurden zwar bislang unbeachtete Mechanismen und Dynamiken erkannt, aber die Art und Weise, in der informelle Strukturen und Praktiken untersucht werden, ist äußerst problematisch. Denn der weitverbreitete Gebrauch des Begriffs Informalität, synonym verwendet für eine große Bandbreite unterschiedlicher Kontexte und Situationen, führte dazu, dass die unterschiedlichen Ausprägungen von Informalität als homogenes Einzelphänomen angesehen werden. Im Gegensatz zu einer solchen Sichtweise zeigt der vorliegende Beitrag, dass es kein einheitliches Verständnis von Informalität geben kann. Denn diese tritt auf verschiedenen Ebenen und in verschiedenen Bereichen in Erscheinung. Vier der in der Ukraine aktuell am weitesten verbreiteten Formen von Informalität werden hier aufgeführt und diskutiert – unter der Vorgabe, dass eine normative Betrachtung, in der informelle Praktiken oft als schädlich und unterentwickelt wahrgenommen werden, die Sichtweise einschränkt und in die Irre führt.

Einleitung: Abschaffung oder Formalisierung?

Es ist schwierig, den Zeitpunkt auszumachen, an dem die Forschung zur Informalität den Schwung erhielt, den sie heute hat. Der Begriff der Informalität ist derzeit oft eine Worthölse, die in Artikeln, Büchern, Sonderausgaben und einer langen Reihe wissenschaftlicher Arbeiten aus vielen verschiedenen Regionen Verwendung findet. Darüber hinaus haben die Internationale Arbeitsorganisation (IAO) und die Weltbank informelle Arbeit und Informalität im Allgemeinen als weltweit bedeutsame Themen ausgemacht. Sie fördern Debatten über die Frage, ob informelle Praktiken zur Gänze beseitigt werden sollten, um von Grund auf gleichere und gerechtere Gesellschaften aufzubauen, oder ob stattdessen die existierenden informellen Strukturen erhalten, jedoch formalisiert werden sollten.

Das Problem der Dichotomie von »Abschaffung/Formalisierung« hat zwei Seiten. Zunächst gibt es keinen obersten Richter, der – objektiv und/oder in gutem Glauben – eindeutig bestimmen könnte, welche Praktiken abgeschafft und welche erhalten werden sollten. Jede informelle Praxis kann kontextabhängig verschiedene Bedeutungen haben, so dass es nicht die eine Informalität gibt, sondern viele. Es können zwar generell »zwei Informalitäten« unterschieden werden, von denen sich die erste gegen den Staat richtet, während die andere ihm hilft, trotz vorherrschenden staatlichen Dysfunktionalitäten und Idiosynkrasien zu funktionieren. Selbst formal gegen den Staat gerichtete Praktiken können jedoch domestiziert oder sogar institutionalisiert werden, so dass sie letztlich dem Staat oder seiner Gesellschaft zugutekommen.

Es ist auch angesichts der vielen verschiedenen Bedeutungen, die Informalität im Laufe der letzten

Jahre bekommen hat, unmöglich, sich für eine Position hinsichtlich der Formalisierung oder Abschaffung informeller Praktiken klar zu entscheiden. Denn das Konzept der Informalität wird heutzutage zur Erklärung von Entwicklungen in so unterschiedlichen Bereichen wie Architektur, Governance oder Korruption verwendet. Dies gilt vor allem für postsowjetische Räume, in denen die Forschung Informalität eine besondere Bedeutung unterstellt.

Die Vielschichtigkeit von Informalität sollte einen jedoch nicht davon abhalten, nach einem möglichen Interpretationsrahmen zu suchen. In etlichen Jahren der Forschung zur Ukraine sind mir einige zentrale Bedeutungen von Informalität begegnet: Entweder sie schadet dem Staat, aber nicht der Gesellschaft, oder sie schadet beiden oder sie nutzt sogar beiden, Staat wie Gesellschaft. Das Problem ist, dass nicht alle der von internationalen Organisationen als schädlich angesehenen Praktiken notwendigerweise auch schädlich sind oder von der Gesellschaft als schädlich wahrgenommen werden.

Genauso erzielen nicht alle gemäß internationaler und/oder normativer Standards für gut befundenen Praktiken notwendigerweise die gewünschten Ergebnisse, wie die Beschäftigung mit den vier in der Ukraine am häufigsten anzutreffenden Ausprägungen von Informalität zeigen soll.

Vier Facetten von Informalität: das Beispiel Ukraine

Elitär: Informelle Governance und »Sistema«

Betrachtet man in einem nationalen Kontext politische Institutionen, die (laut Theorie) kaum richtig funktionieren können, stellt man mitunter erstaunt fest, dass sie

deutlich bessere Ergebnisse erzielen als erwartet. Damit lassen sich mindestens zwei Phänomene in der heutigen Ukraine erklären: Zum einen, dass sich die politischen Institutionen – um nicht zu sagen das ganze Land – ständig am Rande des Zusammenbruchs zu befinden scheinen, aber dennoch nicht zusammenbrechen. Zum anderen, dass externe Akteure, die in der Hoffnung, nicht in die bestehenden Dynamiken hineingezogen zu werden, ins System eingesetzt wurden, nicht in der Lage sind, diese Dynamiken zu durchschauen und so zu agieren, dass sie ihre Aufgaben erfolgreich bewältigen können. Das scheint zumindest aus der Ernennung diverser Ausländer zu Entscheidungsträgern in der Ukraine gefolgert werden zu können, etwa der von Alexander Kwitashwili, der als Gesundheitsminister eingesetzt wurde, oder von Aivaras Abromavičius, dem ehemaligen Wirtschafts- und Handelsminister. Die ursprüngliche Hoffnung war, dass sie Neutralität und Effizienz garantieren können, da sie kein reales Interesse an der Begünstigung einzelner Personen haben würden. Beide gaben ihr Amt jedoch nach etwas über einem Jahr mit der Begründung auf, sie würden es einfach nicht schaffen, irgendetwas zu verändern.

Ein System, das funktioniert, wenn es das nicht sollte, allerdings nicht so, wie es die Theorie vorsieht, ruft unter Wissenschaftlern und Praktikern große Verwunderung hervor. Wie kann es sein, dass in einer scheinbar ineffektiven und zu weiten Teilen korrupten Umgebung Ergebnisse erzielt werden können – und sogar ganz ansehnliche? Wir sprechen hier etwa vom Gesundheitssektor, der ein gewisses Maß an Unterstützung bietet, obschon er hochgradig in der Kritik steht, oder vom Bildungsbereich, der trotz aller Missstände in der Lage ist, Studierende auszubilden. Diese Idiosynkrasie liegt der Definition von informeller Governance zugrunde und macht das Prinzip aus, das es internationalen Organisationen (darunter der EU-Kommission oder den Vereinten Nationen) erlaubt, irgendwie zu funktionieren. Zudem kommen Mechanismen von informeller Governance häufig zum Tragen, um Konflikte zwischen multinationalen Unternehmen, oder zwischen mächtigen und bürokratischen Institutionen zu regulieren und möglichst beizulegen.

Die Wissenschaftlerin Alena Ledeneva hat sich in ihrer Forschung wohl am intensivsten mit Informalität im postsowjetischen Raum beschäftigt. Ausgehend von der Rolle langfristig angelegter Beziehungen und der Praxis des »*blat*« (in Deutschland am ehesten mit »Vitamin B« zu vergleichen) in der russischen Gesellschaft und Politik hat sie den Begriff »*sistema*« (dt. System) geprägt, um über »Methoden informeller Governance« zu sprechen. »*Sistema*« bezieht sich auf eine Situation, in der hochgradig unzuverlässige und ineffektive Institutionen

einzig durch das Handeln einer einzelnen einflussreichen Person (in ihrem Fall der russische Präsident Wladimir Putin) funktionieren. Diese Person weiß, welche Fäden zu ziehen sind, wer anzurufen ist und wie Schlüsselfiguren motiviert werden können, um Pläne in die Tat umzusetzen. Diese Illusion von Effektivität scheint zwar kurzfristig perfekt zu funktionieren, ist jedoch vom Handeln einer einzelnen Person – und eventuell ihrer Entourage – abhängig, so dass Strukturen und Abläufe nicht wiederholt werden können, wenn diese Person nicht mehr da ist.

Für die Ukraine hat Keith Darden eine weniger umfangreiche, aber ähnliche Untersuchung vorgelegt, die die paradoxe Effektivität eines Parlaments (unter Präsident Leonid Kutschma) zeigt, das im Vergleich zu anderen, ähnlich instabilen Ländern eine unerwartet hohe Anzahl von Gesetzen und Entscheidungen erarbeitet hat – und das in einer hochgradig korrupten und instabilen Umgebung. Mit anderen Worten: Das System hat funktioniert. Nicht in einer Weise, die erwartet wurde oder externen Beobachtern verständlich ist. Die verabschiedeten Gesetze können natürlich kritisiert werden, in der Ukraine wie auch anderswo. Im Hinblick auf die gesetzgeberische Funktion des Parlaments hat die Ukraine jedoch wesentlich größere Fortschritte gemacht als eine Reihe anderer Länder unter ähnlichen Bedingungen, die es nicht geschafft haben, ein arbeitsfähiges Parlament einzusetzen. Sollte eines Tages ein radikaler Reformversuch unternommen werden, könnte es also sinnvoll sein, zu versuchen, etwas von dem Wissen und den Synergien zu erhalten, die die Arbeit des Parlaments ermöglicht haben – statt zu versuchen, alles abzuschaffen und von Null wiederaufzubauen.

Klassisch: Schattenökonomie und Schwarzarbeit

Wie in den meisten Ländern der Welt werden auch in der Ukraine Einnahmen versteckt, Unternehmen »vergessen«, sich zu registrieren, und Löhne werden den Arbeitern (zumindest teilweise) unter der Hand bezahlt. Das ist keine randständige Praxis. Einigen Schätzungen zufolge liegt das Niveau der Schattentransaktionen in der Ukraine bei annähernd der Hälfte des Bruttosozialprodukts. Warum ist das so? Die Gründe sind vielfältig und beginnen bei Hürden, die Firmen von der Registrierung für die Steuer abhalten. Die Steuern für Firmen sind nach wie vor sehr hoch, so dass diese lieber einmal im Jahr Steuerprüfer bestechen oder »Schmetterlingsfirmen« betreiben (*»firma babotschka«*). Die Bereitschaft, Steuern zu zahlen, ist auch deshalb gering, weil die meisten Ukrainer nicht glauben, dass ihr Staat genug für sie tut, indem er Steuergelder in Sozialleistungen investiert. In einer Umfrage vom Dezember 2015 glaubten 80 Prozent der Befragten nicht, dass der Staat ihre Interessen

vertritt. 78,8 Prozent widersprachen auch der Aussage, die Regierung würde dem Wohl des Landes dienen. Mit einem so weit verbreiteten Misstrauen fällt es Unternehmen und ihren Managern schwer, außerhalb der Schattenökonomie zu operieren.

Zudem sind staatliche Kontrollen selten. Es gibt natürlich Steuerprüfungen und andere Maßnahmen, die die Kooperation der Steuerzahler forcieren sollen. Diese werden aber oft missbraucht, indem sie etwa von Unternehmen gegen ein konkurrierendes Unternehmen als Druckmittel oder Drohung eingesetzt werden, oder sie stellen einfach einen Versuch von Seiten der Finanzbehörden dar, eine Bestechung herbeizuführen.

Die Ukraine ist in dieser Hinsicht keineswegs einzigartig. Auf der ganzen Welt werden Arbeiter prekär eingestellt, und der informelle Sektor macht im Schnitt fast zwei Drittel der Nationalökonomien aus. Im Falle der Ukraine sind die Forschungen über diesen Aspekt jedenfalls weit fortgeschritten – eine große Menge Datenmaterial liegt vor und kann diskutiert werden.

Weit verbreitet: Informelle Zahlungen und Korruption

Dies ist die vielleicht am weitesten gefasste Kategorie von Informalität. Fasst man sie etwas flexibel, so kann jeglicher Austausch zwischen zwei oder mehr Akteuren als Korruption klassifiziert werden: eine Extrazahlung an eine Krankenschwester oder einen Arzt für eine Leistung; eine Zahlung zur Reduzierung der Wartezeit in einem öffentlichen Krankenhaus; eine Zahlung an einen Polizisten, um ein Bußgeld abzuwenden, oder an einen Uni-Dozenten für das Bestehen einer Prüfung. Mit der Zusammenfassung aller informellen Zahlungen in einer Kategorie geht ein doppeltes Problem einher. Zum einen umfasst diese Kategorie sehr unterschiedliche Arten von Zahlungen: die Zahlung mehrerer Millionen an einen Politiker, um den Abschluss eines millionenschweren Kontrakts zu erreichen, genauso wie eine Handvoll Euro, die einem Arzt gezahlt werden, um ihm für umsonst erbrachte Leistungen zu danken. Zum anderen kann dieselbe Geste abhängig vom Kontext verschiedene Bedeutungen haben. Eine *vor* einer medizinischen Untersuchung geforderte Zahlung kann als Erpressung angesehen werden, eine Zahlung *nach* erbrachter Leistung stattdessen als Zeichen der Dankbarkeit.

Statistiken über die Korruption im Land zeigen, dass diese sehr verbreitet ist und immer weiter zunimmt. Besonders stark betroffen sind der Gesundheitssektor und die Polizei. Der Begriff der Korruption wird allerdings in Bezug auf alles Mögliche verwendet. Die Kategorie umfasst immer mehr und bezieht sich nun schon auf soziale Phänomene wie das Geschenkmachen und gegenseitige Unterstützung; beides wird immer häufi-

ger mit Korruption gleichgesetzt. Ich behaupte nicht, dass Geschenke nicht in einigen Fällen tatsächlich mit Korruption gleichgesetzt werden können. Es muss aber zwischen sozial bedeutsamen und rein ökonomischen Transaktionen unterschieden werden. Dieser in vielen Untersuchungen über das Land und die Region zentrale Aspekt hat mich veranlasst, Korruption als Unterkategorie von Informalität anzusehen, bei der die Monetarisierung von Austauschprozessen und die langfristigen Konsequenzen einer Transaktion betrachtet werden sollen.

Aufkommend: Informalität und Politikgestaltung

Man stelle sich einen Bürger vor, der durch sein Verhalten eine bestimmte Regel verletzt oder ein Gesetz übertreft. In einer Standardsituation würde er für deviant oder, in einem extremeren Fall, für kriminell gehalten werden. Multipliziert man diese Situation um das Tausendfache und wendet sie auf eine große Zahl von Bürgern an, erhält man, was James Scott als »Infrapolitik« definiert hat – eine Situation, in der die millionenfach wiederholte Akkumulation kleinerer widerständiger Handlungen sich stark auf die Politik eines Landes auswirken kann. In der Ukraine gibt es eine Reihe von Beispielen für diesen Trend, der mitunter als informelle Politikgestaltung oder informelle Governance bezeichnet wurde.

Insbesondere denke ich hierbei an die Sprachenkonkurrenz in der Ukraine. Seit der Orangen Revolution hat sich die Einstellung zum Ukrainischen stark verändert und das Ukrainische hat an Bedeutung gewonnen. Dennoch ist das Land von der quasi totalen Einsprachigkeit, die die Verfassung 1996 vorgeschlagen hat, in der Russisch den Status einer Minderheitensprache hat, weit entfernt. In etlichen Gegenden wird viel Russisch gesprochen, wobei das von einigen Narrativen, die behaupten, in der Ukraine werde ausschließlich Ukrainisch gesprochen, nicht anerkannt oder gar geleugnet wird. Die Aushandlung der verwendeten Sprache geschieht in solchen Gegenden informell, indem einige Bürger situationsbezogen Russisch sprechen. Entschieden sich ein einzelner Bürger fürs Russische, kann das noch als Ausnahme gelten. Wenn aber eine erhebliche Zahl von Bürgern regelmäßig »eine Ausnahme macht«, lässt sich ein Widerstand gegen staatliche Vorgaben beobachten, der diese – zumindest in einigen Fällen – de facto zersetzt. Politik zielt auf die Veränderung bestimmter Verhaltensweisen oder Einstellungen ab. Als informelle Politikgestaltung wird ein Szenario bezeichnet, in dem der Staat eine Politik oder eine Regel einführt, gegen die offiziell wenige protestieren, die aber viele ignorieren, wobei es dem Staat in der Folge nicht gelingt, die Kontrolle zu übernehmen oder diejenigen zu bestrafen, die seinen Anordnungen nicht Folge leisten.

Das ist eine noch kaum genutzte Betrachtungsweise von Informalität, die bislang von nur sehr wenigen Forschungsarbeiten aufgegriffen wurde. Sie ist es jedoch wert, weiter erkundet zu werden. Die Nichteinhaltung einer bestimmten Maßnahme kann bedeuten, dass eine Politik gescheitert ist, oder dass sie auf anderen Wegen umgesetzt werden muss, so dass Informalität für die Politik ein Feedbackmechanismus und Werkzeug sein kann.

Schluss: eine, zwei, viele Informalitäten

Der Begriff Informalität wird auf (zu) viele verschiedene Situationen, Kontexte und Dynamiken bezogen, bis Informalität nicht mehr in den Dichotomien von gut oder schlecht, schädlich oder harmlos, nützlich oder unnütz gedacht werden kann. Anhand der oben beschriebenen Situationen wird deutlich, dass jede Manifestation von Informalität einige Vor- und einige Nachteile mit sich bringt. Entsprechend hängt die Entscheidung, einen bestimmten Ausdruck von Informalität zu tolerieren, zu beseitigen oder gar zu fördern, davon ab, welches Ziel man erreichen will. Dem Umstand, dass eine bestimmte Politik voraussichtlich bestimmte Ergebnisse erzielen wird, liegt eine Reihe von Annahmen zugrunde, die in der Theorie zutreffen, im lokalen Kontext jedoch verzerrt werden. Informalität kann als für diese Verzerrung zentral verantwortliches Element angesehen werden, das die konkrete Umsetzung einer Politik beeinflusst. Mit einem besseren Verständnis der Vor- und Nachteile von Informalität und ihrer Effekte in bestimmten Kontexten

können mögliche Ergebnisse einer bestimmten Politik in einem gegebenen Kontext genauer eingeschätzt werden.

Es ist also wichtig, die möglichen Vor- und Nachteile eines bestimmten Typs von Informalität in einer bestimmten Sphäre zu berücksichtigen. Die nachfolgende Tabelle stellt einen solchen Versuch dar. Auf hoher politischer Ebene und in staatlichen Institutionen von Ländern mit einem exzessiven bürokratisch-administrativen Apparat scheint Informalität kurzfristig zweckmäßig, da sie die Funktionalität der Institutionen befördert. Langfristig wird sie die Entwicklung und Verbesserung der staatlichen Kapazitäten allerdings eher behindern. Genauso ermöglicht Informalität in Form von Schattenökonomien und informellen Zahlungen Menschen, zu überleben und Dinge ad hoc zu bewältigen. Wie auch die politische Informalität unterminiert ihr dauerhaftes Bestehen allerdings die Beziehung zwischen dem Staat, seinen Institutionen und Repräsentanten auf der einen und den Bürgern auf der anderen Seite. Hier wird die Notwendigkeit von Vertrauensbildung und besseren Governance-Strukturen deutlich. Gleichzeitig wird evident, dass Informalität nicht auf einen Schlag beseitigt werden kann, ohne den Bürgern für die Übergangsperiode zwischen einem Staat, der sie abschreckt, und einem Staat, der allmählich in der Lage ist, Verantwortung für ihre Bedürfnisse zu übernehmen, Überlebensstrategien anzubieten.

Übersetzung aus dem Englischen: Sophie Hellgardt

Über den Autor

Dr. Abel Polese teilt als Wissenschaftler und Entwicklungsarbeiter seine Zeit zwischen Europa und Asien auf. Vor allem interessiert ihn die Dichotomie zwischen formellen und informellen Modi und Strukturen von Governance. Er ist Autor von »Scopus diaries and the (il)logics of academic survival«, einem Buch über das strategische Nachdenken über akademische Karrieren.

Lesetipps

- Keith Darden: The Integrity of Corrupt States: Graft as an Informal State Institution, in: *Politics & Society*, 36(1), 2008, 35–59
- Alena Ledeneva: Can Russia modernise? Sistema, power networks and informal governance, 2013, Cambridge University Press
- Abel Polese: 'If I Receive it, it is a Gift; if I Demand it, then it is a Bribe'. On the Local Meaning of Economic Transactions in Post-soviet Ukraine, in: *Anthropology in Action* 15(3), 2008, 47–60
- Abel Polese: Border Crossing as a Daily Strategy of Post Soviet Survival: the Odessa–Chisinau *Elektrichka*, in: *Anthropology of East Europe Review*, 24(1), 2008, 28–37
- Abel Polese: Too Much Corruption or Simply too Much Talk of 'Corruption'? In: Transitions Online, 11. November 2016
- Friedrich Schneider: The Shadow Economy in Europe, AT Kearney and VISA Europe, 2013, <<https://www.atkearney.com/documents/10192/1743816/The+Shadow+Economy+in+Europe+2013.pdf>>
- Tetiana Stepurko, Milena Pavlova, Irena Gryga, Liubove Murauskiene, Wim Groot: Informal Payments for Health Care services: The Case of Lithuania, Poland and Ukraine, in: *Journal of Eurasian Studies*, 6(1), 2015, 46–58
- Colin C. Williams, John Round, Peter Rodgers: The Role of Informal Economies in the Post-Soviet World, 2013, Routledge

TABELLE ZUM TEXT

Unterschiedliche Facetten von Informalität und ihre Vor- und Nachteile

Tabelle 1: Unterschiedliche Facetten von Informalität und ihre Vor- und Nachteile

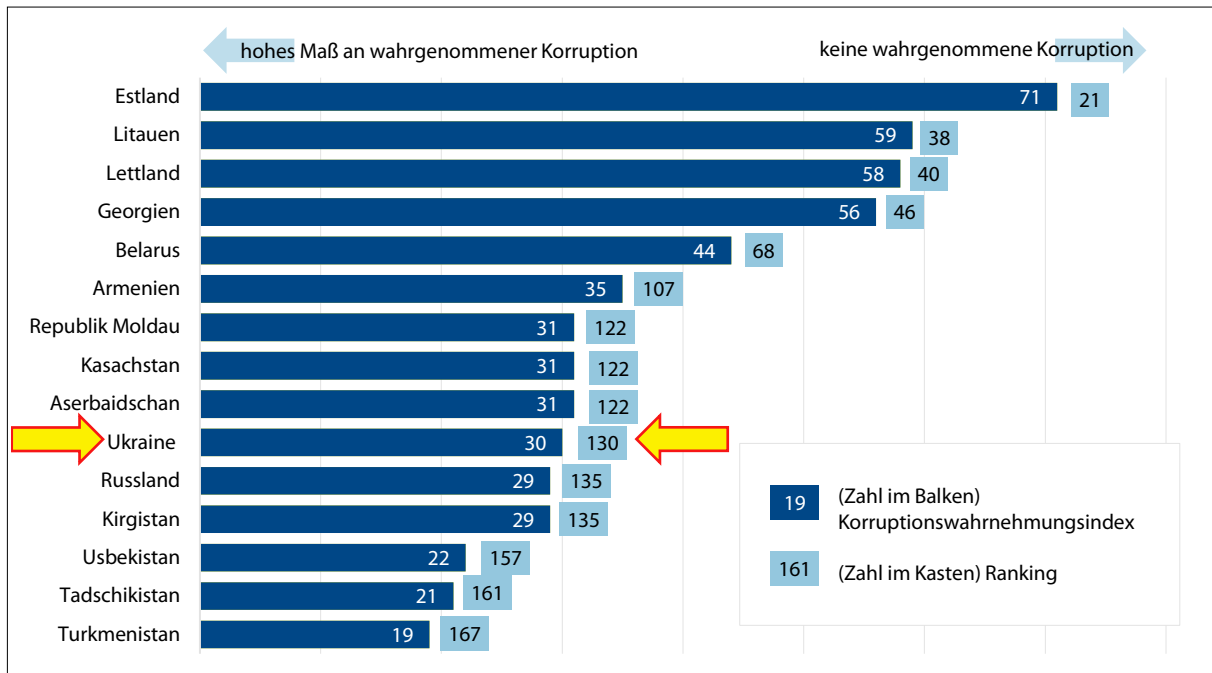
	Rechtliche Sicht	Gesellschaftliche Wahrnehmung	Vorteile	Nachteile
Informelle Governance und »Sistema«	Gegenseitigkeit kann als Vetternwirtschaft oder Korruption gesehen werden, es gibt jedoch keinen rechtlichen Rahmen, um das Problem anzugehen.	Reicht von »notwendiges Übel«, um Dinge zu erledigen, bis zu »Beweis für den fortgeschrittenen Niedergang eines Landes und seiner Gesellschaft«.	Verhindert Zusammenbruch. Last-minute- oder personenbezogene Lösung ist in der Regel möglich.	Keine Entwicklungsperspektive. Effektivität hängt von Einzelpersonen ab. Ändert sich die personelle Konstellation, fängt alles wieder von Null an.
Schattenökonomie und Schwarzarbeit	Nichtkooperieren mit den Steuerbehörden und Nichtregistrierung von Unternehmen sind illegal.	Kaum jemand verurteilt sie öffentlich. In der Regel wird der (schlechte) Staat dem Volk gegenübergestellt und das Phänomen wird von denen, denen es nicht direkt schadet, gerechtfertigt oder toleriert.	Ermöglicht das Überleben. Kann ein Ansatzpunkt sein, um über Steuern und andere Reformen nachzudenken.	Entzieht dem Staatshaushalt Einnahmen; wirft ein negatives Licht auf die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen des Landes; bedeutet zusätzliche Kosten für die Sicherstellung von Kooperation.
Informelle Zahlungen und Korruption	Einige Transaktionen sind formal betrachtet illegal und strafbar. Im Großen und Ganzen fehlt jedoch ein Rahmen, um mit nichtmonetären Transaktionen umzugehen.	Verständnis oder gar Empathie tritt in einigen Bereichen deutlicher auf (Ärzte, Lehrpersonal) als in anderen (Polizei, Steuerbehörden). Trägt insgesamt zur Wahrnehmung des Landes als unterentwickelt bei.	Ermöglicht es vielen Menschen, in Situationen, in denen sie (in ihren grundlegenden bürgerlichen Rechten) eingeschränkt sind, »Dinge zu erledigen«.	Macht das System schwierig und schwer durchschaubar (vor allem für externe Akteure und Anfänger); erleichtert den Missbrauch von Autorität und Macht.
Informalität und Politikgestaltung	Praktisch keine Diskussion und kein Bewusstsein darüber.	Wenig Reflexion. Wird als Ausnahme von üblicherweise weit verbreiteten Regeln oder Verhaltensweisen angesehen.	Menschen, die nicht in der Lage sind, staatliche Vorgaben zu erfüllen oder den Erwartungen an sie zu entsprechen, können dennoch »mit der Regel leben« und müssen gegen den Staat keine Aktionen, Protest oder andere Herausforderungen realisieren.	Schafft eine Kluft zwischen Politikern (die unerreichbare Ziele setzen) und den Menschen (vor allem denjenigen, die diese Ziele nicht erreichen können).

Zusammenstellung: Abel Polese

DOKUMENTATION

Korruptionswahrnehmung in der Ukraine und in anderen postsowjetischen Staaten

Grafik 1: Korruptionswahrnehmung in der Ukraine und in anderen postsowjetischen Staaten (2017)



Anm.: Skala von 0 (hohes Maß an wahrgenommener Korruption) bis 100 (keine wahrgenommene Korruption)

Quelle: Transparency International, Corruption Perceptions Index 2017, <https://www.transparency.org/news/feature/corruption_perceptions_index_2017>

Tabelle 1: Korruptionswahrnehmung in der Ukraine und in anderen postsowjetischen Staaten (2012–2017)

	2012 (176**)		2013 (177)		2014 (175)		2015 (168)		2016 (176)		2017 (189)	
	KWI*	Ran-king	KWI*	Ran-king	KWI*	Ran-king	KWI*	Ran-king	KWI*	Ran-king	KWI*	Ran-king
Ukraine	26	144.	25	144.	26	142.	27	130.	29	131.	30	130.
Armenien	34	105.	36	94.	37	94.	35	95.	33	113.	35	107.
Aserbaidshon	27	139.	28	127.	29	126.	29	119.	30	123.	31	122.
Belarus	31	123.	29	123.	31	119.	32	106.	40	79.	44	68.
Estland	64	32.	68	28.	69	26.	70	23.	70	22.	71	21.
Georgien	52	51.	49	55.	52	51.	52	48.	57	44.	56	46.
Kasachstan	28	133.	26	140.	29	126.	28	123.	29	131.	31	122.
Kirgistan	24	154.	24	150.	27	136.	28	123.	28	136.	29	135.
Lettland	49	54.	53	49.	55	44.	56	38.	57	44.	58	40.
Litauen	54	48.	53	43.	54	40.	55	36.	58	38.	59	38.
Republik Moldau	36	94.	35	102.	35	103.	33	102.	30	123.	31	122.
Russland	28	133.	28	127.	27	136.	29	119.	29	131.	29	135.
Tadschikistan	22	157.	22	154.	23	152.	26	136.	25	151.	21	161.
Turkmenistan	17	170.	17	168.	17	169.	18	154.	22	154.	19	167.
Usbekistan	17	170.	17	168.	18	166.	19	153.	21	156.	22	157.

* Korruptionswahrnehmungsindex; ** Zahl in Klammern: Anzahl der jeweils erfassten Länder und Territorien

Anm.: Skala von 0 (hohes Maß an wahrgenommener Korruption) bis 100 (keine wahrgenommene Korruption)

Quelle: Transparency International, Corruption Perceptions Index 2017, <https://www.transparency.org/news/feature/corruption_perceptions_index_2017>

Wahrnehmung und Akzeptanz von Schwarzarbeit in der Ukraine und in der Europäischen Union

Oksana Nezhyvenko (Nationale Universität Kiew-Mohyla-Akademie)

Zusammenfassung

In diesem Beitrag sollen die Ergebnisse des »Ukrainian Undeclared Work Survey« (UUDWS) zusammengefasst werden, der ersten Studie, die unmittelbar das Wesen und die Wahrnehmung von Schwarzarbeit in der Ukraine untersucht. Dem werden die Daten des Eurobarometers zur Europäischen Union gegenübergestellt. Der Vergleich zeigt, dass Schwarzarbeit – folgt man der Wahrnehmung – in der Ukraine mit weniger Risiken assoziiert wird als in der EU. Die Gründe, die für Schwarzarbeit angegeben werden, zeigen ein geringes Vertrauen der ukrainischen Bevölkerung in den Staat auf. Gleichzeitig überwiegt als Grund für Schwarzarbeit sowohl in der Ukraine als auch in der EU die Not (Mangel an regulären Arbeitsplätzen, mangelndes Einkommen), die Menschen dazu drängt, nichtangemeldete Erwerbstätigkeiten einzugehen. Zudem wird in der Ukraine Schwarzarbeit als weniger inakzeptabel empfunden als in der EU.

Die Schwarzarbeitsstudie in der Ukraine und deren wichtigste Ergebnisse

Der von der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) herausgegebene »Ukrainian Undeclared Work Survey« wurde Ende 2017 durchgeführt und untersucht das Wesen und die öffentliche Wahrnehmung von nicht-angemeldeter Erwerbstätigkeit (Schwarzarbeit) in der Ukraine. Die Stichprobe ist repräsentativ für die erwachsene Bevölkerung (Personen über 15 Jahre) und umfasst 1.000 persönliche Interviews. Die Befragung wurde landesweit sowohl in Städten, wie auch in ländlichen Regionen durchgeführt (ausgenommen waren lediglich die von Russland annektierte Krim und die vorübergehend besetzten Gebiete Donezk und Luhansk).

Im Folgenden werden die Ergebnisse der UUDWS-Studie zur Wahrnehmung und Akzeptanz von Schwarzarbeit in der Ukraine vorgestellt. Dem werden die Einstellungen zur Schwarzarbeit in der EU aus dem Eurobarometer gegenübergestellt. Da die UUDWS-Studie sich auf die Methodologie des Eurobarometers stützt sowie den gleichen Fragenkatalog und die gleiche Definition von Schwarzarbeit verwendet, ist ein Vergleich der UUDWS von 2017 mit dem aktuellsten Eurobarometer zum Thema Schwarzarbeit von 2013 möglich.

Der Europäischen Kommission zufolge, die seit 1973 das Eurobarometer erhebt, ist nichtangemeldete Erwerbstätigkeit »jedwede Art von bezahlten Tätigkeiten, die von ihrem Wesen her keinen Gesetzesverstoß darstellen, den staatlichen Behörden aber nicht gemeldet werden, wobei in den einzelnen Mitgliedstaaten jedoch unterschiedliche gesetzliche Rahmenbedingungen gegeben sind«. Schwarzarbeit umfasst also nicht illegale Arbeit und irreguläre Tätigkeiten, die nicht den Behörden angezeigt werden müssen (zum Beispiel Haushaltstätigkeiten für den eigenen Bedarf). In der Ukraine besteht keine offizielle Definition von Schwarzarbeit;

Begriffe wie »Schattenwirtschaft«, »informelle Beschäftigung« oder »versteckte Arbeit« werden oft zur Beschreibung des gleichen Phänomens gebraucht. Der übernommenen Definition zufolge kann eine Person (formal) eingestellt sein und dennoch eine bezahlte, wenn auch nicht deklarierte (»schwarze«) Tätigkeit ausüben. Der primäre Fokus auf die Art der Tätigkeit – und nicht die Art der Anstellung – gilt bei der Untersuchung von Schwarzarbeit als präziser. Die UUDWS-Studie ist die erste in der Ukraine, die speziell diesen Aspekt (Art der bezahlten Tätigkeit) untersucht.

Die Studie zeigt, dass in der Ukraine die meisten schwarz Arbeitenden zwischen 30 und 50 Jahre alt sind, in städtischen Gegenden leben, entweder selbstständig, offiziell nicht beschäftigt, oder anderweitig beschäftigt sind. Zu den vorrangigen Tätigkeiten der Schwarzarbeit gehören Haushaltshilfe, häusliche Handwerkerarbeiten, Verkauf landwirtschaftlicher Produkte, Gartenarbeit, Autoreparaturen und Verkauf von Waren und Dienstleistungen, die den Hobbies der Betroffenen entspringen. Zu den Hauptgründen schwarz zu arbeiten zählen: Schwierigkeiten, eine reguläre Arbeit zu finden, Saisonarbeit, die allgemeine Praxis schwarz zu arbeiten, die allgemeine Wahrnehmung, dass der Staat nichts für die Menschen macht, sowie der gegenseitige Nutzen für jene, die Schwarzarbeit anbieten bzw. in Anspruch nehmen.

Aus den Ergebnissen der Studie geht hervor, dass die monatlichen Einkünfte aus Schwarzarbeit mit Stand vom November 2017 bei 1.480 Hrywnja (45,50 Euro) liegen. Das entspricht 46 % des Mindestlohns und 20 % der Durchschnittslöhne und -gehälter in der Ukraine. Die Studie zeigt auch, dass es in der Ukraine verbreitete Praxis ist, als offiziell deklarierte Bezahlung den Mindestlohn zu zahlen und die übrige Entlohnung dann unter der Hand »w konverte« (»im Briefumschlag«) zu begleichen. Ein Vergleich der durchschnittlichen Ein-

kommen aus formaler und informeller Beschäftigung zeigt, dass in der Ukraine informell Arbeitende weniger verdienen als formal Beschäftigte.

Vergleicht man die UUDWS-Studie von 2017 mit dem Eurobarometer 2013 wird deutlich, dass Ukrainer lieber auf der Nachfrageseite von Schwarzarbeit stehen. Gleichzeitig ist in der EU das Phänomen verbreiteter, dass Waren oder Dienstleistungen schwarz von Bekannten erworben werden, während Schwarzarbeit in der Ukraine mehrheitlich nicht von Privathaushalten oder Haushalten aus dem Bekanntenkreis geleistet wird. Gleiches gilt für die Kunden: In der EU scheinen diese eher aus dem Bekanntenkreis zu stammen, was in der Ukraine nicht der Fall ist. Die Gründe, die EU-Europäer wie auch Ukrainer Schwarzarbeit in Anspruch nehmen lassen, sind ähnlich: niedrigere Kosten, schnellere und bessere Leistungen.

Der Vergleich der UUDWS-Studie mit dem Eurobarometer zeigt auch, dass Ukrainer in höherem Maße bereit sind, auf der Angebotsseite zu stehen. Während in der EU der Hauptgrund für Schwarzarbeit in dem gegenseitigen Nutzen gesehen wird, gilt in der Ukraine als wichtigster Grund, dass es schwierig ist, eine reguläre Anstellung zu finden. Der Überhang der unter der Hand gezahlten Löhne ist in der Ukraine drei Mal höher. Arbeiter, die unter der Hand bezahlt werden, scheinen in der Ukraine in stärkerem Maße abhängig zu sein als in der EU, da in der Ukraine mehr als die Hälfte der Arbeiter für reguläre Arbeit oder Überstunden unter der Hand bezahlt werden. In der EU erfolgt eine solche Zahlung meist für irreguläre Arbeit.

Im Weiteren vergleicht dieser Beitrag zunächst die Wahrnehmungen in der Ukraine und der EU hinsichtlich der mit Schwarzarbeit verknüpften Risiken. Anschließend erfolgt ein Vergleich der erwarteten Sanktionen. Abschließend werden die angenommenen Gründe für die Ausübung von Schwarzarbeit und deren Akzeptanz erörtert.

Wahrnehmungen zu den mit Schwarzarbeit verknüpften Risiken

In der Ukraine ist fast die Hälfte der Befragten (48 %) der Ansicht, dass Menschen, die schwarz arbeiten, nur ein geringes Risiko eingehen, von den Steuer- oder Sozialbehörden entdeckt zu werden, wobei die meisten meinen, das Risiko sei eher »ziemlich gering« (25 %) als »sehr gering« (23 %). Ein knappes Drittel der Befragten (28 %) meinen, das Risiko entdeckt zu werden sei hoch, wobei die meisten sagen, es sei »ziemlich hoch« (21 %) und der geringere Teil (7 %) meint, es sei »sehr hoch«. Fast jeder Fünfte (22 %) gab an, nicht zu wissen, wie hoch das Risiko ist.

Der Vergleich der Wahrnehmungen in der Ukraine und in der EU hinsichtlich des Entdeckungsrisikos liefert interessante Ergebnisse (s. Grafik 1). Erstens können wir sehen, dass sowohl in der Ukraine, wie auch in der EU die meisten Befragten das Risiko eher als gering einschätzen (48 % bzw. 53 %). 28 % der Befragten in der Ukraine und 36 % in der EU sind der Ansicht, schwarz Arbeitende gingen ein hohes Risiko ein, entdeckt zu werden. Der Anteil jener, die keine Angaben machten, ist in beiden Fällen gleich und liegt bei 2 %. Allerdings ist der Anteil derjenigen, die angaben, dass sie die Höhe des Risikos nicht wüssten, in der Ukraine doppelt so hoch ist wie in der EU (22 % und 9 %). Das könnte darauf hindeuten, dass die Befragten in der Ukraine weniger gewillt waren, die Frage offen zu erörtern. Zudem wurde in beiden Fragebögen die Frage nach der Einschätzung der Risiken am Anfang des Interviews gestellt, weil sie im Vergleich zu der (erst später gestellten) Frage, ob die Respondenten selbst schwarz arbeiteten, weniger heikel ist.

Zu erwartende Sanktionen...

Die Steuer- und Sozialabgaben belaufen sich auf 22 % (Sozialversicherung) plus 18 % Einkommensteuer sowie 1,5 % Militärsteuer, also insgesamt 41,5 % des offiziellen Lohns. In der Ukraine meinen die meisten Befragten (41 %), falls die entsprechenden Behörden jemand entdecken, der Einkommen aus Schwarzarbeit bezieht, würden als Strafe die normalen Steuer- und Sozialabgaben plus eine Geldstrafe folgen (s. Grafik 2). Die Höhe der Geldstrafe variiert in Abhängigkeit von der Steuer, die hinterzogen wurde, und beginnt gewöhnlich bei 340 Hrywnja (10,50 Euro). Ein Drittel der Befragten (34 %) denkt, dass die Strafe nur aus den normalen Steuer- und Sozialabgaben besteht. Nur eine kleine Minderheit (2 %) geht davon aus, dass die Betroffenen im Gefängnis landen könnten. Ungefähr jeder sechste Befragte (18 %) weiß nicht, welche Strafen drohen.

In der EU wird eine Strafe in Form der fälligen normalen Steuer- und Sozialabgaben plus einer Geldstrafe von einem größeren Teil der Befragten (56 %) erwartet. Im Vergleich zu der Ukraine erwarten erheblich weniger (21 %), dass die Strafe aus den normalen Steuern und Sozialabgaben bestehen werde – ohne Geldstrafe. Von einer Freiheitsstrafe gehen 6 % in der EU aus. Schließlich gaben 12 % an, nicht zu wissen, welche Strafen für Schwarzarbeit drohen könnten.

Gründe für die Aufnahme von Schwarzarbeit

In der Wahrnehmung der ukrainischen Befragten liegen die Gründe für Schwarzarbeit in Folgendem: Mangel an regulären Arbeitsplätzen (20 %), mangelndes Vertrauen

in den Staat («der Staat macht nichts für die Menschen, warum sollten wir da Steuern zahlen» – 19 %), unzureichendes Einkommen durch reguläre Beschäftigung (16 %) und die extensive Bürokratie in Zusammenhang mit formaler Beschäftigung (13 %) (s. Tabelle 1). In der EU gelten als die wichtigsten Gründe: Unzureichendes Einkommen aus regulärer Arbeit (18 %), Mangel an regulären Jobs auf dem Arbeitsmarkt (15 %), übermäßige Steuern und/oder Sozialabgaben (13 %) und mangelnde Kontrolle durch die Behörden (11 %).

Hieraus ergeben sich zwei Schlussfolgerungen: Zum einen gibt es deutliche Unterschiede hinsichtlich des Vertrauens in den Staat: In der Ukraine ist dieses erheblich geringer, da 19 % der Befragten glauben, der Staat sorge nicht für sie (zweitwichtigster Grund). In der EU teilen nur 5 % diese Ansicht (neuntwichtigster Grund). Zweitens wird in der EU wie auch in der Ukraine angenommen, dass Menschen notgedrungen schwarz arbeiten: Unzureichendes Einkommen aus regulärer Arbeit und der Mangel an regulären Stellen auf dem Arbeitsmarkt werden in der EU als der wichtigste und zweitwichtigste Grund für die Aufnahme von Schwarzarbeit wahrgenommen, in der Ukraine als wichtigster und drittwichtigster Grund.

Akzeptanz von Schwarzarbeit

Den Respondenten wurden sechs unterschiedliche »Umgehungstaktiken« genannt, und sie wurden gebeten, sie auf einer Skala von »1« für »absolut inakzeptabel« bis »10« für »absolut akzeptabel« zu bewerten. Die Antworten wurden in drei Gruppen zusammengefasst: »inakzeptabel« (von 1 bis 4), »einigermaßen akzeptabel« (5 und 6) und »akzeptabel« (7 bis 10).

Laut UUDWS-Studie findet die Mehrheit der Befragten fünf der sechs Umgehungstaktiken »inakzeptabel« (s. Grafik 3). Unter anderem tendieren die Befragten am stärksten zu der Ansicht, dass der Bezug von Wohlfahrtsleistungen ohne Berechtigung inakzeptabel sei (72 %), nur 13 % betrachten dies als »akzeptabel«. Eines der Szenarien, bei dem eine Firma von einer anderen Firma mit einer Arbeit beauftragt wird, ihre Tätigkeit jedoch nicht an zuständige Behörden meldet, wird weithin als »inakzeptabel« betrachtet (59 %) und ist nur für jeden siebten »akzeptabel« (14 %). Eine Privatperson anzustellen und den gesamten oder einen Teil des Lohnes inoffiziell auszuzahlen wird ebenfalls mehrheitlich als »inakzeptabel« betrachtet (57 %), lediglich 17 % der Befragten finden das »akzeptabel«. Mehr als die Hälfte der Befragten (56 %) sind der Ansicht, dass es für eine Firma, die von einem privaten Haushalt beauftragt wurde, »inakzeptabel« sei, die erhaltenen Zahlungen nicht den Steuer- und Sozialbehörden zu melden, während 18 % finden, dass das »akcepta-

bel« sei. Ein Szenario, bei dem jemand Steuern hinterzieht, indem er sein Einkommen nicht oder nur teilweise deklariert, wird ebenfalls von der Mehrheit als »inakzeptabel« betrachtet (54 %). Nur 18 % empfinden dies als »akzeptabel«. Der Fall, dass eine Privatperson von einem privaten Haushalt zur Arbeit angestellt und die erhaltene Entlohnung nicht gegenüber den Steuer- und Sozialbehörden deklariert wird, wird von weniger als der Hälfte der Befragten (43 %) als »inakzeptabel« und von jedem vierten (23 %) als »akzeptabel« wahrgenommen.

Ein Vergleich der Akzeptanz solcher »Umgehungstaktiken« in der Ukraine und der EU fördert ein klares Muster zutage, wobei in der Ukraine eine erheblich größere Akzeptanz festzustellen ist (s. Grafik 3). Der größte Anteil jener in der Ukraine, die ein bestimmtes Verhalten als »inakzeptabel« wahrnehmen, liegt bei 72 %, der geringste bei 43 %. In der EU sind die entsprechenden Anteile signifikant höher (90 % bzw. 67 %). Wenn wir die Antworten »ziemlich akzeptabel« und »akzeptabel« zusammenfassen, ergibt sich, dass die Befragten in der Ukraine solchem Verhalten sehr viel toleranter gegenüberstehen als die in der EU. So wurde beispielsweise das Szenario, dass jemand ohne Berechtigung Sozialleistungen erhält, von Respondenten in der Ukraine zu 72 % als inakzeptabel wahrgenommen und zu 21 % als akzeptabel (»ziemlich akzeptabel« und »akzeptabel«). In der EU hingegen betrachten 90 % der Befragten dieses Szenario als inakzeptabel und nur 9 % als akzeptabel. Ein anderes Szenario, bei dem jemand von einem Privathaushalt angestellt wurde und das erzielte Einkommen nicht deklariert, wird in der Ukraine von 43 % als inakzeptabel und von 44 % als akzeptabel betrachtet (21 % fanden es »ziemlich akzeptabel«, 23 % »inakzeptabel«). In der EU wird dieses Szenario von 67 % der Befragten als inakzeptabel und von 29 % als akzeptabel betrachtet. Das macht deutlich, dass die Verschleierung von persönlichem Einkommen in der Ukraine als akzeptabel eingeschätzt wird und als allgemeine Praxis gelten kann. Die Respondenten in der EU scheinen diesen Fragen in der Tendenz mit stärkeren Gefühlen gegenüberzustehen.

Schlussfolgerungen

In diesem Beitrag wurden die Ergebnisse der UUDWS-Studie zusammengefasst sowie die Wahrnehmung von und die Einstellungen zu Schwarzarbeit in der Ukraine und der EU verglichen. Das Risiko, in Zusammenhang mit Schwarzarbeit entdeckt zu werden, wird in der EU höher eingeschätzt. Hieraus lässt sich ableiten, dass den Befragten in der EU das potenzielle Risiko, von den Aufsichtsbehörden entdeckt zu werden, bewusster ist, während in der Ukraine jeder fünfte angibt, sich in dieser Frage nicht auszukennen. Das Gleiche gilt für die zu

erwartenden Sanktionen. Ein größerer Anteil der Ukrainer ist sich der möglichen Sanktionen für Schwarzarbeit nicht bewusst. In der EU werden die Strafen als schwerwiegender eingeschätzt.

Die von den Befragten angegebenen Gründe für Schwarzarbeit machen deutlich, dass in der Ukraine das Vertrauen in den Staat gering ist (jeder fünfte Respondent meinte, dass der Staat nichts für die Menschen tue); in der EU ist nur jeder zwanzigste dieser Ansicht. Gleichzeitig wird sowohl in der Ukraine, wie auch in der EU angenommen, dass Menschen notgedrungen schwarz arbeiten: Unzureichende Einkommen aus regulärer Arbeit und der Mangel an regulären Stellen auf dem Arbeitsmarkt werden in der EU als wichtigster

und zweitwichtigster sowie in der Ukraine als wichtigster und drittwichtigster Grund genannt.

Schließlich lässt sich anhand der Bewertungen der verschiedenen »Umgehungstaktiken« die Akzeptanz von Schwarzarbeit in der Ukraine und in der EU vergleichen: Im Durchschnitt nehmen Respondenten in der Ukraine – verglichen mit denen in der EU – Schwarzarbeit erheblich weniger als »inakzeptabel« wahr. Der Fall, dass jemand von einem Privathaushalt angestellt wird und sein Einkommen nicht deklariert, wird in der Ukraine fast schon als akzeptabel betrachtet, während das in der EU nicht der Fall ist.

Übersetzung aus dem Englischen: Hartmut Schröder

Über die Autorin

Dr. Oksana Nezhyvenko ist als Wirtschaftswissenschaftlerin an der Nationalen Universität Kiew-Mohyla-Akademie tätig und ist Mitglied im Forschungsteam von ERUDITE an der Universität Paris-Est Creteil. Zu ihren Forschungsschwerpunkten zählen Arbeitsökonomie (informelle Beschäftigung) und Entwicklungsökonomie mit einem Schwerpunkt auf der Ukraine und den Staaten Ost- und Mitteleuropas, insbesondere innerhalb der EU.

Lesetipps

- European Commission: Undeclared Work in the EU [= Special Eurobarometer 402], European Commission, Directorate General for Communication, März 2014, <http://ec.europa.eu/commfrontoffice/publicopinion/archives/ebs/ebs_402_en.pdf>
- International Labour Organization: Undeclared Work in Ukraine: Nature, Scope and Measures to Tackle It (EU-ILO Project "Enhancing the Labour Administration Capacity to Improve Working Conditions and Tackle Undeclared Work"), Kiew, April 2018, <https://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---ed_dialogue/---lab_admin/documents/projectdocumentation/wcms_630068.pdf>
- Oksana Nezhyvenko: Ukrainian Undeclared Work Survey: First Findings. Scientific Notes NaUKMA / Economic Sciences, 2018 (im Ersch.)

GRAFIKEN ZUM TEXT

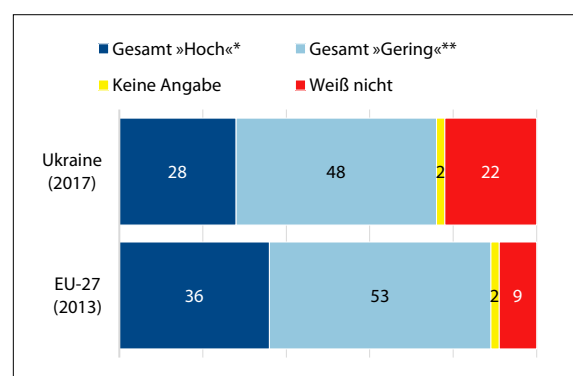
Schwarzarbeit und ihre gesellschaftliche Wahrnehmung

Grafik 1: Wie hoch schätzen Sie das Risiko ein, in Ihrem Land von den Steuerbehörden oder Sozialversicherungsträgern beim Nachgehen einer nicht angemeldeten Erwerbstätigkeit erwischt zu werden? (%)

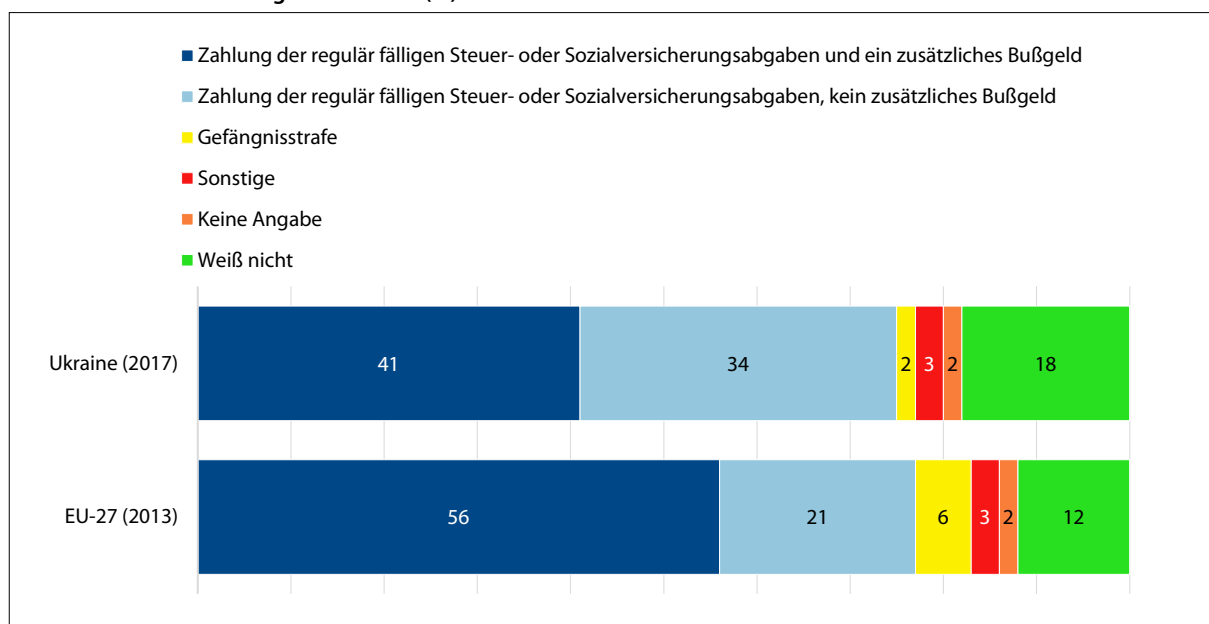
* Summe der Befragten, die mit »Sehr hoch« und »Ziemlich hoch« geantwortet haben

** Summe der Befragten, die mit »Sehr gering« und »Ziemlich gering« geantwortet haben

Quelle: UUDWS und European Commission, Special Eurobarometer 402 »Undeclared Work in the EU«, <http://ec.europa.eu/commfrontoffice/publicopinion/archives/ebs/ebs_402_en.pdf>, veröffentlicht 2014, S. T3



Grafik 2: Welche Sanktionen sind zu erwarten im Falle, wenn die zuständigen Behörden herausfinden, dass jemand Einkommen aus einer bei Steuerbehörden oder Sozialversicherungsträgern nicht angemeldeten Erwerbstätigkeit bezieht? (%)



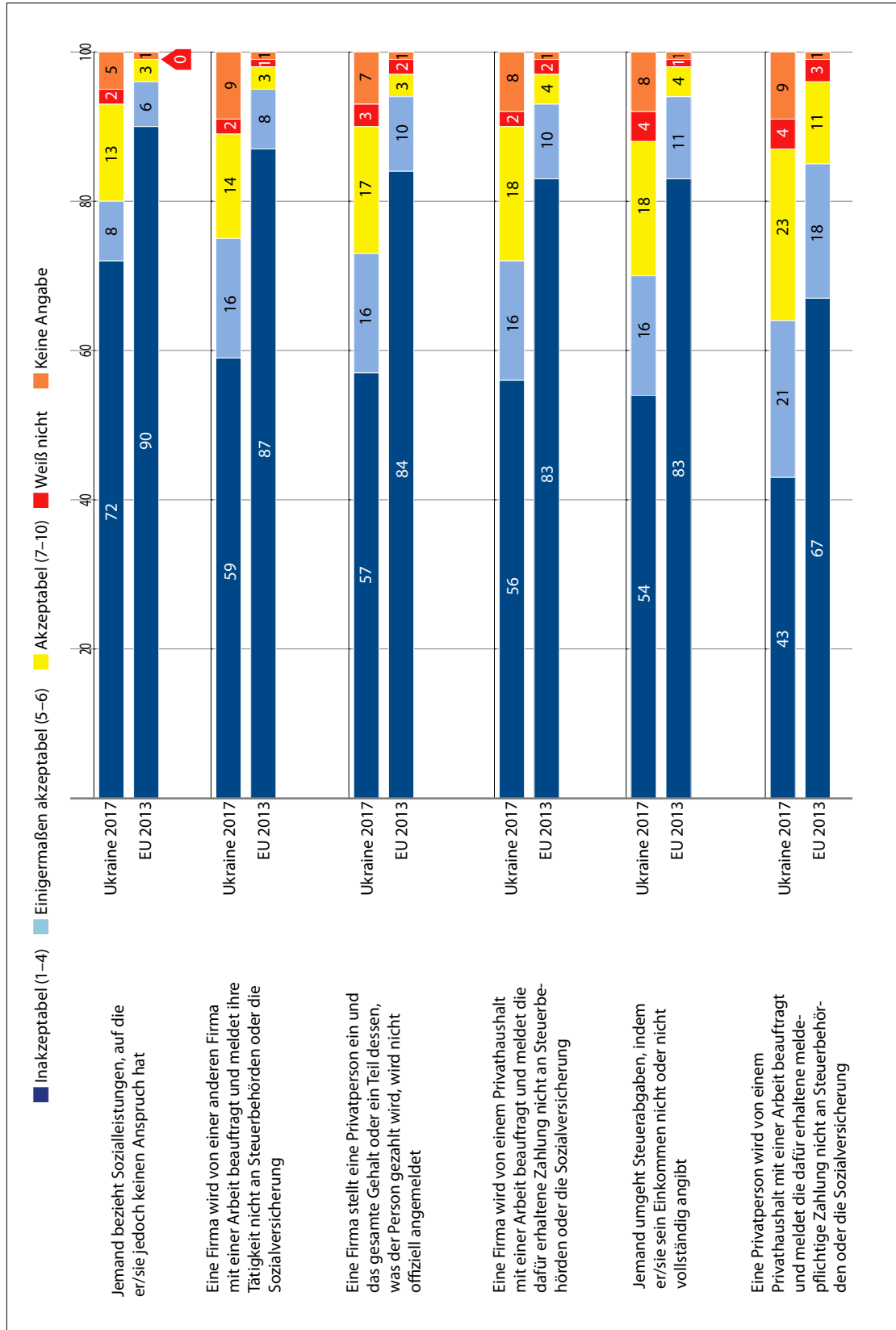
Quelle: UUDWS und European Commission, Special Eurobarometer 402 »Undeclared Work in the EU«, <http://ec.europa.eu/commfrontoffice/publicopinion/archives/ebs/ebs_402_en.pdf>, veröffentlicht 2014, S. T2

Tabelle 1: Was sind Ihrer Einschätzung nach Gründe dafür, einer nicht angemeldeten Erwerbstätigkeit nachzugehen? (%)

	Ukraine (2017)	EU-27 (2013)
Mangel an regulären Arbeitsplätzen auf dem Arbeitsmarkt	20	15
Der Staat tut nichts für die Menschen, warum sollen sie also Steuern zahlen	19	5
Die Löhne in regulären Anstellungen sind unzureichend	16	18
Die Steuern und/oder Sozialabgaben sind zu hoch	13	13
Die bürokratischen Hürden für eine reguläre wirtschaftliche Tätigkeit sind zu hoch	9	8
Niemand würde Waren oder Dienstleistungen zu den Preisen am regulären Markt erwerben	6	3
Mangelnde Kontrollen durch die Behörden	5	11
In einigen Branchen oder Regionen gibt es keine wirkliche Alternative	5	7
Weiß nicht	2	5
Die Sanktionen sind zu schwach	2	7
Sonstiges	1	3
Rational betrachtet ergibt es Sinn (UKR) / Es ist schwierig von Sozialhilfeleistungen zu leben (EU)	0	8
Keine Angabe	0	1

Quelle: UUDWS und European Commission, Special Eurobarometer 402 »Undeclared Work in the EU«, <http://ec.europa.eu/commfrontoffice/publicopinion/archives/ebs/ebs_402_en.pdf>, veröffentlicht 2014, S. T12-T15

Grafik 3: Wie bewerten Sie die unten aufgeführten Verhaltensweisen? Bitte geben Sie für jede der aufgeführten Praktiken an, inwieweit Sie diese als akzeptabel oder inakzeptabel erachten (%)



Quelle: UUDWS und European Commission, Special Eurobarometer 402 »Undeclared Work in the EU«, <http://ec.europa.eu/commfrontoffice/publicopinion/archives/ebs/ebs_402_en.pdf>, veröffentlicht 2014, S. T45-T65

STATISTIK

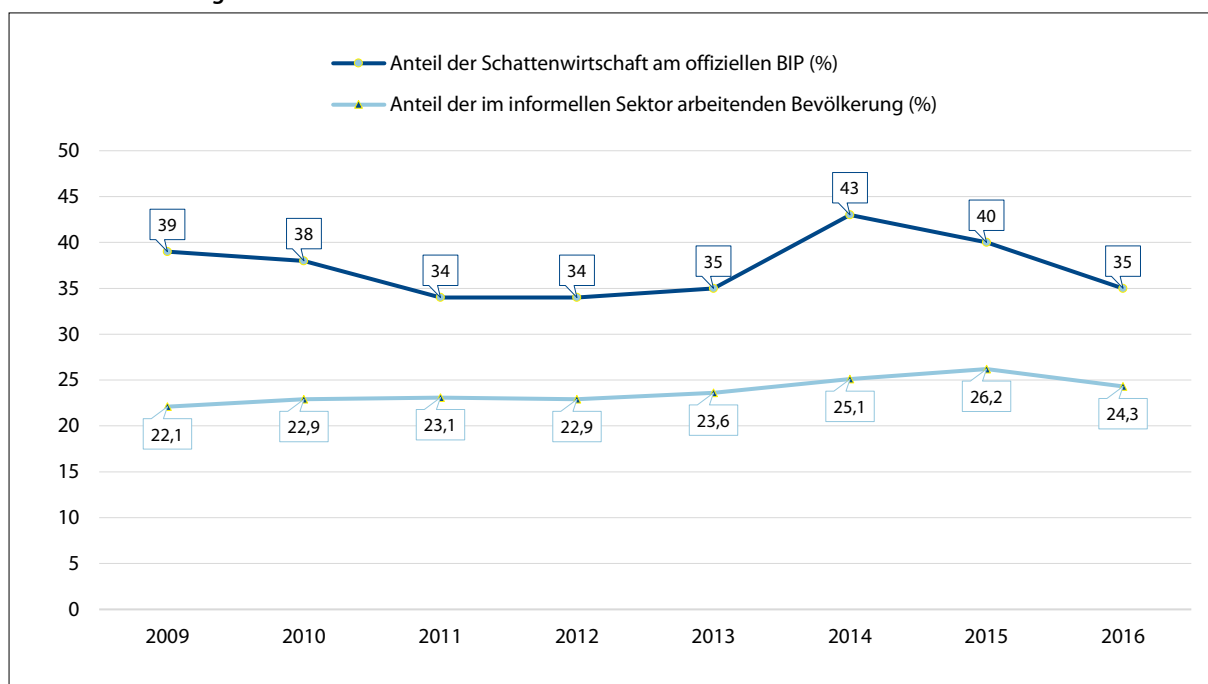
Informelle Beschäftigung in der Ukraine

Tabelle 1: Von 2004 bis 2013 im informellen Sektor angestellte Ukrainerinnen und Ukrainer im Alter von 15 bis 70 Jahren (% der arbeitenden Bevölkerung)

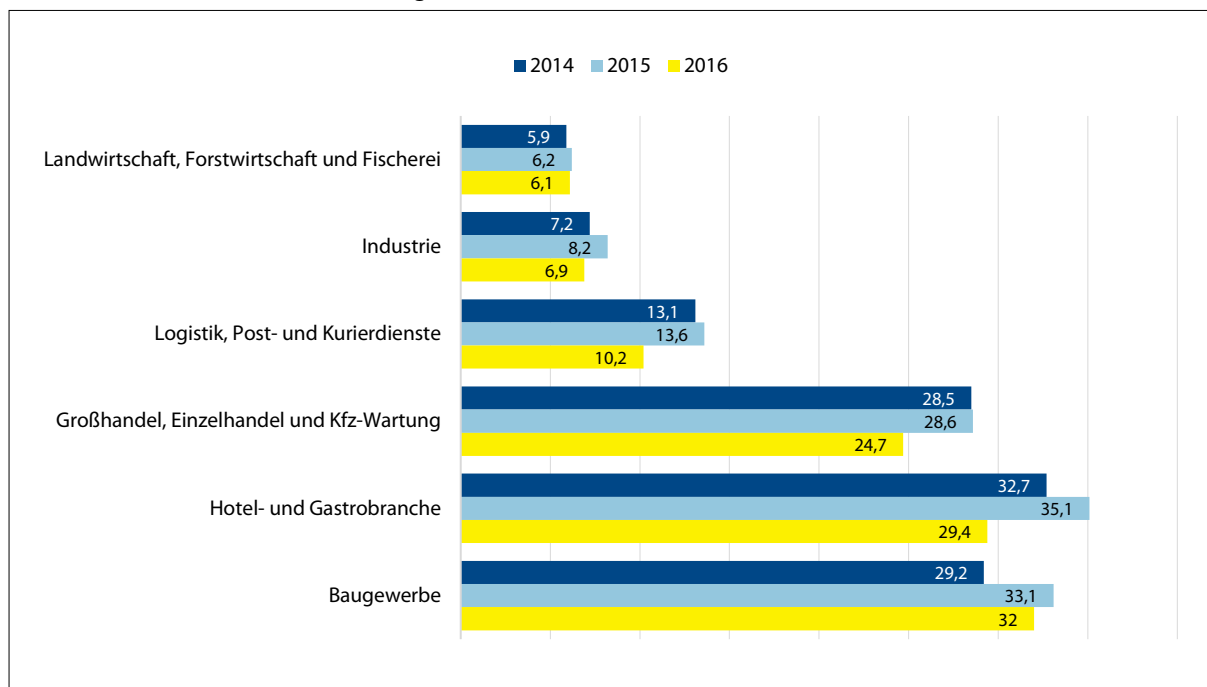
	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Gesamtbevölkerung	19,4	21,5	22,3	22,3	21,8	22,1	22,9	23,1	22,9	23,6
Frauen	18,6	21,7	22,4	22,3	21,3	21,1	21,7	22,2	21,6	22,1
Männer	20,2	21,2	22,2	22,3	22,2	23,1	24,1	24,1	24	24,9
Städtische Bevölkerung	9,6	9,3	9,3	9,2	9,9	10,6	11,3	11,5	11,6	12
Ländliche Bevölkerung	42	47,5	50,5	50,7	47,9	46,4	47,7	48,3	47,5	48,7
Angestellte	6,8	7,5	7,8	7,9	8,9	9,2	9,7	9,7	9,7	10
Selbstständige	83,5	84,3	84	82,3	80,2	79,4	79,6	79,6	79,8	80,9

Quelle: EU-ILO Project »Enhancing the Labour Administration Capacity to Improve Working Conditions and Tackle Undeclared Work«, <https://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---ed_dialogue/---lab_admin/documents/projectdocumentation/wcms_630068.pdf>, S. 40

Grafik 1: Der Anteil der Schattenwirtschaft am BIP und der Anteil der im informellen Sektor arbeitenden Bevölkerung in den Jahren 2009 bis 2016



Quelle: EU-ILO Project »Enhancing the Labour Administration Capacity to Improve Working Conditions and Tackle Undeclared Work«, <https://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---ed_dialogue/---lab_admin/documents/projectdocumentation/wcms_630068.pdf>, S. 40; Berechnungen basieren auf Daten des Staatlichen Statistikdienstes der Ukraine

Grafik 2: Anteil informell Beschäftigter nach Wirtschaftsfeldern in den Jahren 2014 bis 2016 (%)

Quelle: EU-ILO Project »Enhancing the Labour Administration Capacity to Improve Working Conditions and Tackle Undeclared Work«, <https://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---ed_dialogue/---lab_admin/documents/projectdocumentation/wcms_630068.pdf>, S. 53; Berechnungen basieren auf Daten des Staatlichen Statistikdienstes der Ukraine.

CHRONIK

24. September – 8. Oktober 2018

24.09.2018	Der stellvertretende Infrastrukturminister Jurij Lawrenjuk gibt bekannt, dass die Ukraine zwei moderne Checkpoints zwischen dem südukrainischen Cherson und der von Russland annektierten Krim bauen werde. In Kalantschak, das rund 20 Kilometer vor der Krim liegt, soll zudem ein Verwaltungszentrum entstehen, das vor allem den Bewohnern der Krim öffentliche Dienstleistungen bieten soll.
24.09.2018	In Lwiw greift in der Nacht auf den 24. September eine mit Messern bewaffnete Gruppe von ca. 20 Neonazis eine Gruppe von linken Aktivisten an und verletzt mehrere Personen. Ein schwerverletztes Opfer muss im Krankenhaus reanimiert werden. Die Angreifer sollen Augenzeugen zufolge dem »Nationalen Korps« angehören, das mit dem Asow-Freiwilligenbataillon in Verbindung steht. Im vergangenen Jahr gab es in der Stadt mehrere ähnliche Vorfälle; der Polizei wird Tatenlosigkeit und Kooperation mit dem »Nationalen Korps« vorgeworfen.
25.09.2018	Einer repräsentativen Studie des Kiewer Instituts für Soziologie zufolge waren Ukrainer 2018 häufiger mit Bestechung konfrontiert als 2015. Etwa 37 Prozent der Befragten gaben an, dass sie nach Bestechungsgeldern gefragt worden seien und rund 15 Prozent gaben an, von sich aus eine Bestechung angeboten zu haben. Am häufigsten werden Bestechungen an Hochschulen, Gerichten, staatlichen Behörden und Polizeistationen verlangt. Gleichzeitig stieg der Anteil der Personen, die Bestechung unter keinen Umständen rechtfertigen, von 37 Prozent auf 42 Prozent.
25.09.2018	Laut polnischem Statistikamt wurden 82 Prozent der 235.600 Arbeitsgenehmigungen für ausländische Arbeitskräfte im letzten Jahr an ukrainische Staatsbürger ausgestellt.
25.09.2016	Die offizielle Zahl der Arbeitslosen ist im zweiten Quartal 2018 von 9,1 auf 8,3 Prozent gesunken, wie das ukrainische Statistikamt mitteilt.
25.09.2018	Nach Berechnungen des Finanzministeriums würden der Ukraine Einnahmen i. H. v. 2,5–3 Prozent entfallen, wenn Russland sein Gas nicht mehr über das ukrainische Transitnetz nach Europa transportiert, sondern über die derzeit im Bau befindliche »Nord Stream 2«-Pipeline, die 2020 in Betrieb gehen soll.
26.09.2018	Der ukrainische Präsident Petro Poroschenko tritt auf der 73. UN-Generalversammlung in New York auf. Er kritisiert Russland für dessen Aggressionspolitik in der Ostukraine und bekräftigt den ukrainischen Vorstoß für ein robustes UN-Mandat zur Friedenssicherung in der Ostukraine.
26.09.2018	Alexander Hug, stellvertretender Leiter der OSZE-Beobachtermission in der Ukraine, gibt seinen Rücktritt zum 31. Oktober bekannt. Er begründet diesen Schritt mit einer internen Regelung, die vorsieht, dass man nicht länger als zehn Jahre für die OSZE arbeiten darf. Hug bedauert, dass die Arbeit der OSZE-Beobachtermission den Konflikt in der Ostukraine nicht beilegen konnte und betont, dass beide Konfliktparteien grundlegende Zusagen, die sie im Rahmen der Minsker Vereinbarungen gegeben haben, nicht einhalten.
26.09.2018	Die Polizei von Odessa gibt bekannt, drei Verdächtige im Fall des am 22. September angeschossenen Politikers Oleh Mychajlyk festgenommen zu haben. Am Vortag war es vor der Polizeizentrale der Stadt zu einer Protestveranstaltung gekommen, weil der Polizei Untätigkeit bei den Ermittlungen vorgeworfen wird. Bei den Verdächtigen soll es sich um drei stadtbekannte Kleinkriminelle georgischer Herkunft handeln. Aktivisten und Bekannte von Mychajlyk äußern sich skeptisch, da die Polizei keine Beweise liefert, dass es sich bei den Verdächtigen tatsächlich um die Angreifer handelt.
27.09.2018	Das Gewerkschaftshaus am Kiewer Unabhängigkeitsplatz, das vor vier Jahren während der Proteste auf dem Maidan abgebrannt war, wird im Herbst wiedereröffnet und soll unter anderem als Coworking-Space dienen. Während der Maidan-Proteste wurde das Haus von den Demonstranten als Anlaufstelle für medizinische Versorgung und Pressezentrum genutzt, bis es am 18. Februar 2014 bei einem Angriff der Polizei auf die Demonstranten abbrannte und die Ruine mitten im Zentrum der Stadt zu einem Symbol der Proteste wurde.
27.09.2018	Vor der Präsidialverwaltung in Kiew findet unter dem Namen »Silence kills« eine Demonstration statt, die auf die steigende Zahl von Angriffen gegen zivilgesellschaftliche Aktivisten aufmerksam macht. Im laufenden Jahr gab es bereits mehr als 40 Attacken, im Vorjahr waren es 14.
27.09.2018	Der ukrainische Sicherheitsdienst SBU veröffentlicht einen Audiomitschnitt, in dem ein Mann davon spricht, Separatistenführer Alexander Sachartschenko »ohne Wahlen noch vor September« abzusetzen. Sachartschenko kam nach einem Attentat in Donezk am 31. August ums Leben. Dem SBU zufolge ist auf der Aufnahme Alexander Lawrentjew zu hören, ehemaliger »Parlamentssprecher« der »Volksrepublik Donezk« und Vertrauter des neuen Machthabers in der »Volksrepublik Donezk«, Denis Puschilin.

30. 09.2018	Bei der Explosion einer Landmine in der Nähe der von pro-russischen Separatisten kontrollierten Stadt Horliwka sterben drei Kinder zwischen 13 und 15 Jahren, ein zehnjähriger Junge überlebt schwer verletzt. Laut UN-Angaben kamen seit Beginn des Konflikts in der Ostukraine 37 Kinder durch Landminen und explosive Überreste zu Tode, 107 weitere wurden verletzt.
03.10.2018	Andrij Sadowyj, der Bürgermeister von Lwiw, gibt seine Präsidentschaftskandidatur bekannt. Der Parteivorsitzende der pro-europäischen konservativen Partei »Samopomitsch« (Selbsthilfe), die bei den Parlamentswahlen 2014 mit knapp 11 Prozent als drittstärkste Kraft in die Rada einzog, ist vor allem im Westen des Landes beliebt.
04.10.2018	Die Niederlande gibt bekannt, im April 2018 einen russischen Cyber-Angriff auf die in Den Haag ansässige Organisation für ein Verbot von Chemiewaffen (OPCW) vereitelt zu haben. Die OPCW hat unter anderem den Fall »Skripal« untersucht, bei dem der ehemalige russische Geheimdienstagent Sergej Skripal und seine Tochter in England mit dem Kampfstoff »Nowitschok« vergiftet wurden, sowie Chemiewaffen-Angriffe in Syrien. Vier russische Spione des russischen Geheimdienstes GRU wurden damals festgenommen und aus dem Land ausgewiesen. Daten aus den beschlagnahmten Laptops und Smartphones lassen laut den niederländischen Ermittlern den Schluss zu, dass weitere Hackerangriffe geplant gewesen seien, unter anderem, um die Ermittlungen über das im Sommer 2014 über der Ostukraine abgeschossene Passagierflugzeug MH17 zu behindern.
04.10.2018	Die angespannten diplomatischen Beziehungen zwischen der Ukraine und Ungarn verschärfen sich, nachdem ein ungarischer Diplomat in der Westukraine Pässe an ukrainische Staatsbürger verteilt. Daraufhin weist die Ukraine einen ungarischen Konsul aus und gibt ihm drei Tage Zeit, das Land zu verlassen. Ungarn kündigt als Gegenmaßnahme an, seinerseits einen ukrainischen Konsul auszuweisen. Vor allem in der an Ungarn grenzenden Region Transkarpatien lebt eine ungarische Minderheit, der mehr als 100.000 Menschen angehören.
04.10.2018	Der US-Senat verabschiedet eine Resolution, die den sog. »Holodomor«, eine Hungersnot, die 1932–1933 vor allem die sowjetische Ukraine erfasste und der Millionen Menschen zum Opfer fielen, als Völkermord an der ukrainischen Bevölkerung anerkennt.
04.10.2018	Die Werchowna Rada verlängert das Gesetz »Über den Sonderstatus des Donbass« bis zum 31.12.2019. Das Gesetz wurde 2014 als Teil des Minsker Friedensprozesses verabschiedet und muss jedes Jahr verlängert werden. Es sieht einen Sonderstatus für die derzeit von prorussischen Rebellen kontrollierten Regionen in der Ostukraine nach Rückzug des Militärs auf beiden Seiten vor.
05.10.2018	Olexander Turtschinow, Sekretär des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrats der Ukraine, kündigt Militärmanöver im Asowschen Meer an. Diese seien eine Reaktion auf Russlands Aggression in der Region, so Turtschinow.
06.10.2018	Der in Russland inhaftierte ukrainische Regisseur Oleh Senzow beendet nach 145 Tagen seinen Hungerstreik. Eigenen Angaben zufolge sieht er sich dazu gezwungen, da er aufgrund seines kritischen Gesundheitszustands zwangsernährt werden soll. Senzow bedauert, das Ziel seines Hungerstreiks – die Freilassung aller ukrainischen Gefangenen in Russland – nicht erreicht zu haben. Er hat mehr als 20 Kilogramm Gewicht verloren und hat Probleme u. a. mit der Leber, den Nieren und dem Herzen.
06.10.2018	Das größte ukrainische Unternehmen DTEK von Rinat Achmetow gibt bekannt, gemeinsam mit der China Machinery Engineering Corporation 230 Millionen Euro in einen neuen Solarpark in der Region Dnipropetrowsk zu investieren. Das Kraftwerk in der Nähe von Nikopol soll in einem halben Jahr eröffnen und wird mit einer Leistung von 200 Megawatt (MW) zu den drei größten Solaranlagen in Europa zählen. Laut Serhij Sawtschuk, Leiter der Staatlichen Agentur für Energieeffizienz, wurde seit 2015 etwa eine Milliarde US-Dollar in Projekte im Bereich der erneuerbaren Energien investiert, wodurch 1.000 MW Stromerzeugungskapazitäten geschaffen wurden.
08.10.2018	Die Schattenwirtschaft in der Ukraine sinkt und beträgt laut Stepan Kubiw, Minister für wirtschaftliche Entwicklung und Handel, aktuell etwa 32% des BIP, gegenüber 43% im Jahr 2014. Laut Finanzministerium geht der größte Teil der informellen Wirtschaft darauf zurück, Steuern vermeiden zu wollen. Nach Angaben des staatlichen Statistikamts werden 31% der ukrainischen Arbeitnehmer, das sind rund 8 Millionen von 26 Millionen Menschen, teilweise oder vollständig in bar bezahlt.

09.10.2018	In der Nacht auf den 9. Oktober kommt es zu Explosionen und einem Feuer in einem Waffendepot in der Kleinstadt Itschnja, rund 170 Kilometer nordöstlich von Kiew. In dem Depot lagern rund 88.000 Tonnen Munition. Mehr als 10.000 Menschen im Umkreis von 25 Kilometern werden evakuiert. Augenzeugen zufolge sind die Detonationen noch 40 Kilometer weiter zu hören. Es ist die fünfte große Explosion eines Waffendepots in den letzten drei Jahren.
09.10.2018	In Istanbul tagt der Synod des ökumenischen Patriarchats von Konstantinopel und berät, ob ein Tomos (Dekret) der ukrainisch-orthodoxen Kirche die Autokephalie (Unabhängigkeit) verleihen soll.
09.10.2018	Die beiden Parteien »Samopomitsch« (»Selbsthilfe«) und »DemAllianz« (»Demokratische Allianz«) geben bekannt, bei den bevorstehenden Präsidentschafts-, Parlaments- und Kommunalwahlen enger zusammenzuarbeiten und gemeinsam antreten zu wollen.

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion bemüht sich, bei jeder Meldung die ursprüngliche Quelle eindeutig zu nennen. Aufgrund der großen Zahl von manipulierten und falschen Meldungen kann die Redaktion der Ukraine-Analysen keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Zusammengestellt von Dr. Eduard Klein

Sie können die gesamte Chronik seit Februar 2006 auch auf <http://www.laender-analysen.de/ukraine/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
Deutsches Polen-Institut
Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Evgeniya Bakalova (verantwortlich) und Dr. Eduard Klein
Übersetzungen: Sophie Hellgardt und Hartmut Schröder
Chronik: Dr. Eduard Klein
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Kseniia Gatskova, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg
Prof. Dr. Guido Hausmann, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg
Dr. Susan Stewart, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin
Dr. Susann Worschech, Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/O.

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Ukraine-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

ISSN 1862-555X © 2018 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Deutsches Polen-Institut, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH
Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607
e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>



Kostenlose E-Mail-Dienste auf www.laender-analysen.de

 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse. Alle Länder-Analysen sind auch mit Archiv und Indizes online verfügbar unter www.laender-analysen.de.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Auch als App für Android™ (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play™.

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Google Play, das Google Play-Logo und Android sind Marken von Google Inc. TWITTER, TWEET, RETWEET und das Twitter Logo sind eingetragene Markenzeichen von Twitter, Inc. oder angeschlossenen Unternehmen. Der Android-Roboter wird auf der Grundlage von einem Werk wiedergegeben oder modifiziert, das von Google erstellt und geteilt und gemäß den Bedingungen der Creative Commons 3.0 Attribution-Lizenz verwendet wird.